

Gernsbach im Mai/Juni 1849. Protagonisten der Reaktion in Gernsbach.

Lage am Vorabend der Reaktion

Das Volk will endlich Selbstverwaltung

Punkt 10) und 13) der Forderungen der Volksversammlung von Offenburg (12./13. Mai 1849) am Vorabend der Revolution in Baden lauteten:

„Es müssen die Gemeinden unbedingt für selbständig erklärt werden, sowohl was die Verwaltung des Gemeindevermögens, als die Wahl der Gemeindevertreter betrifft.“

„Die alte Verwaltungsbürokratie muss abgeschafft werden und an ihre Stelle die freie Verwaltung der Gemeinden oder anderer Körperschaften treten.“

Die veraltete Gemeindeordnung

Die Frage nach Gestaltung der Gemeindeordnung war ein Thema aller badischen Landtage seit 1819. Die Liberalen strebten eine Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden an. Großherzog und Regierung wollten eine möglichst umfassende staatliche Aufsicht. Zum Beispiel brauchte der Bürgermeister nach der Wahl durch die Bürger noch die Genehmigung der staatlichen Behörde! Eine Anklage gegen einen Beamten war nur möglich mit der Genehmigung durch dessen vorgesetzte Behörde!

Der Beamtenstaat

Gernsbach hatte 1844 2.239 Einwohner, 1381 evangelische, 821 katholische und 37 israelitische Einwohner. Zum Amtsbezirk Gernsbach gehörten weitere 18 Gemeinden zwischen Forbach und Ottenau, Selbach und Freiolsheim mit einer Gesamtzahl von 14.000 Einwohnern. Städte und Gemeinden standen unter einer sehr weitgehenden Staatsaufsicht. Im Amtsbezirk Gernsbach übte diese staatliche Aufsicht der Oberamtmann Öhl aus. Daneben gab es noch einen weiteren Amtmann, einen Amtsrevisor, einen Bezirksförster und einen Akzisor, die natürlich noch weiteres Personal wie Schreiber, Sekretäre, weitere Förster etc. beschäftigten.

Der Normalbürger fühlte sich schikaniert, bevormundet, manipuliert, fremdbestimmt, in seinen Geschäften behindert durch ein Heer von Beamten, die ihm im Gewirr von Vorschriften, Verordnungen und Gesetzen das Leben und Fortkommen möglichst zu erschweren suchten. Die Beamten gehörten in den meisten Fällen zu den Reaktionären, die gegen jede Neuerungen waren. Warum auch? Sie hatten eine gesicherte Stellung (Pensionsansprüche!) und die Möglichkeit, Macht über andere auszuüben.

Die Gernsbacher Beamten

Oberamtmann Georg Albert Öhl (1793-1856).

Geboren in Bruchsal als Sohn eines hohen Staatsbeamten. Studiert Jura in Heidelberg, 1819 wird er Assessor beim Oberamt Bruchsal, 1826 Amtmann in Oberkirch. 1834 wird die Oberamtmannsstelle in Gernsbach frei. Öhl bewirbt sich, wird aber nur zum Amtmann, nicht zum Oberamtmann ernannt. 1834 stirbt seine Frau, seine drei Kinder sind sieben Jahre und jünger. 1836 heiratet Öhl ein zweites Mal. Seine Personalakte enthält im wesentlichen Gesuche um Gehaltsaufbesserung.

Am 8. Juni 1837 schreibt er bei einem erneuten Gesuch um Gehaltserhöhung an seine vorgesetzte Behörde:

„Ich bin zu zartfühlend, um meine Stellung und gute Gelegenheit dahier zu benützen und seine Königliche Hoheit bei jeweiliger Anwesenheit auf Schloß Eberstein mit einem Ansuchen um Standes- oder Besoldungserhöhung oder um beides zugleich direct oder indirect zu behelligen.“

1837 wird Öhl zum Oberamtmann in Gernsbach befördert, ohne dass sein Gehalt entsprechend erhöht wird. Man ahnt vielleicht, warum. In einem Auszug aus dem Bericht des Regierungsdirektors des Mittelrheinkreises (Öhls Vorgesetzter) vom 4. May 1842 heißt es:

„Oberamtmann Öhl, obgleich von gutem Willen beseelt, besitzt diejenigen Fähigkeiten nicht, die bei einem Amtsvorstand unentbehrlich sind. Das Amt Gernsbach bedürfte eigentlich keinen zweiten Beamten und um seiner Person wegen ist seit mehreren Jahren ein solcher beigegeben und dabei auf tüchtige Personalbesetzung besondere Rücksicht genommen worden, allein dessenungeachtet wurde der Zweck nicht vollkommen erreicht, weil der Amtsvorstand, eifersüchtig auf sein Ansehen, dem zweiten Beamten nicht gerne den größeren Einfluß überläßt, den man demselben zuzuwenden beabsichtigte.“

Öhl wurde also von seiner vorgesetzten Behörde als unfähiger Beamter eingestuft. Dennoch erhielt er 1800 Gulden Besoldung im Jahr (zum Vergleich: der Gernsbacher Polizeiwachtmeister erhielt 160 Gulden) und hatte einen Pensionsanspruch von 4/5 seines Gehaltes!

Für das normale Volk galten andere Bedingungen. Punkt 16 der Offenburger Forderungen (Mai 1849) verlangte die „Errichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann.“ Und weiter heißt es in der Forderung: „Hierdurch fällt der besondere Pensionsfond für die Staatsdiener von selbst weg.“

Amtmann und Amtsrichter Ludwig (Louis) Dill (1812-1887)

Ludwig (oder Louis) Dill (1812-1887) wurde in Karlsruhe als Sohn eines großherzoglichen Beamten geboren. Eigentlich wollte er Musiker werden, studierte dann aber in Heidelberg und Freiburg Jura. 1845 wurde er als Assessor nach Gernsbach versetzt und im August 1848 zum Amtmann befördert. Mit seiner Familie (Frau und zwei kleine Kinder) wohnte er 1848 zur Miete im Haus an der Ecke Hauptstraße/Storrentorstraße. Die Kreisregierung in Rastatt hielt den mit 900 Gulden jährlich besoldeten Dill, im Gegensatz zu seinem mit 1800 Gulden besoldeten Vorgesetzten Öhl, für eine „tüchtige Personalbesetzung“.

Wohnort Dills, wie in der Volkszählung vom Juli 1848 erfasst:

Obere Stadt 260	Heute Hauptstraße 45	
1	Haas, Hauseigentümerin	Wittwe, Silberarbeiter
2	Josef	Sohn minderj.
3	Karolina	Tochter minderj.
4	Wilhelm	Sohn minderj.
5	Carl Eberbach von Stuttgart	Silberarbeiter-Gehilfe
6	Barbara	Freudenstadt
7	Louis Dill	Amtsassessor
8	Rosa	Frau
9	Rosa	Tochter minderj.
10	Louis	Sohn minderj.
11	Magdalena Feger	Dienstmagd
12	Rosina Großmann von hier	Dienstmagd

Dill tat alles, um das großherzogliche Regime zu stützen und die demokratische Bewegung zu bekämpfen. Als Amtsrichter urteilte er u. a. danach, ob jemand Demokrat oder Monarchist war. Er übte also Gesinnungsjustiz aus. Die freie Presse suchte er zu behindern, wenn sie demokratische Ansichten äußerte. Dill war bei einem Großteil der Bevölkerung verhasst.

Am 4. Juli 1849 nach der Niederschlagung des Aufstands übernahm Dill die Vertretung des erkrankten Oberamtmanns Öhl in Gernsbach und ließ 34 mutmaßliche Beteiligte des Aufstandes zügig verhaften. Das machte, wie er selbst schreibt, sein Verbleiben in Gernsbach unmöglich, da er Drohbriefe erhielt. Schon am 7. Oktober 1849 suchte er deshalb um seine Versetzung nach Gengenbach nach. Dill deutete die Revolution aus der Sicht des fürstlichen Beamten: Großherzog Leopold, der „die auf Tugend und Gesittung gegründete wahre bürgerliche Freiheit ins Leben zu führen stets bemüht war“, habe vor seinem eigenen „verblendeten“ Volk fliehen müssen. Schon damals sahen das viele Zeitgenossen anders.

Von Gengenbach wurde Ludwig Dill als Amtsrichter nach Durlach versetzt und nahm 1862 seinen Abschied. Er zog mit seiner Familie nach Stuttgart, der Stadt der Schriftsteller, Buchhändler und Verlage, wo er als Mitglied der Künstlervereinigung „Strahlendes Bergwerk“ seinen literarischen und musischen Ambitionen nachging. Seine Sonaten sind heute fast unbekannt. Erfolgreicher waren seine „Vaterländischen Gedichte aus dem Jahr 1870/1871“. Darin preist er die Kriege, die zur Schaffung des Deutschen Reiches von 1871 führten. Sogar Großherzog Friedrich lobte das Werk, in dem sich Verse von nationalem Pathos finden wie „In die Waage aller Völker/Auf dem weiten Erdenrund/Wirft das wuchtge Schwert der Deutsche/Wirft sein Wort der neue Bund.“ Dass auch die Bewegung von 1848/49 ein einiges Deutschland gewollt hatte, daran erinnerten sich die Deutschen erst viel später wieder.

Dr. Friedrich Kayser (1817-1857), evangelischer Diakon in Gernsbach

Kayser war seit 1844 evangelischer Diakon und Lehrer an der Lateinschule. Er war ein Vertreter der christlichen Erweckungsbewegung und setzte die Revolution mit den „Mächten der Finsternis“ gleich.

In der Reichsverfassung der Paulskirche von 1848/49 heißt es in § 139 (in Baden am 16. März 1849 als geltendes Recht eingeführt):

„Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, so wie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft.“

Nach Ansicht von Diakon Kayser bedeutete die Abschaffung der Todesstrafe, „der Obrigkeit das Richtschwert aus der Hand zu nehmen“ und verstieß damit gegen die Bibel.

Die demokratisch gesinnte Zeitung „Wächter an der Murg“ urteilte in der Ausgabe vom 21. März 1849 über Diakon Kayser: „ein sehr geistreicher, kenntnißreicher und sehr frommer Mann“, aber „seine Haltung beweist, daß man bei aller Frömmigkeit auch grausam sein kann“.

Konservative Bürger

Wilhelm Grötz (1812-1872)

Wilhelm Grötz, Murgschiffer, war hälftiger Eigentümer von Haus Hauptstraße Nr. 21. Dort wohnte er mit Frau, drei Kindern, Magd und Dienstmädchen. Sein Vater Benedikt (1788-1857) besaß am Markt ein ganzes Haus, versteuerte 1839 ein Kapital von 27.125 Gulden und rangiert damit in ähnlichen Vermögensverhältnissen wie die führenden Murgschiffer Katz und Kast.

Nach der Ermordung des populären republikanisch gesinnten Paulskirchen-Abgeordneten Robert Blum in Wien durch das reaktionäre Regime der Habsburgermonarchie weigerte sich Wilhelm Grötz als Kommandant der Bürgerwehr, die Mannschaft bei der Totenfeier für Blum am 3. Dezember 1848 antreten zu lassen. Grötz war nicht bereit, zur Durchsetzung der demokratischen Ziele irgendeine Form von Gewalt anzuwenden und lehnte Blum daher ab, da dieser mit der Waffe in der Hand auf den Barrikaden von Wien für die Liberalisierung des Regimes gekämpft hatte. Seine Gesinnung wird deutlich in einem Gedicht, das der im Februar 1849 gegründete „Vaterländische Verein“ der konservativ Gesinnten in Rastatt und Gernsbach als Motto propagierte:

Ja, nur der ist wahrhaft frei,
Dessen Geist die Schwingen reget
Fessellos und ohne Scheu,
Und das W a h r e ihn beweget,
Der die heil'ge Ordnung liebt
Und dem Recht die Geltung giebt.

Zu diesem Verein gehörten neben Grötz auch Ludwig Dill, Casimir Katz, Alexander Gleisle, Friedrich Beck, Hieronymus Mußler und Friedrich Löhlein.